

Islamverbände wollen mehr Einfluss auf Religionsunterricht

[Veröffentlicht am 08.11.2017 von EpochTimes](#)

Aktuell erhalten 19.400 muslimische Jungen und Mädchen in NRW an 234 Schulen islamischen Religionsunterricht. Nun klagen islamische Dachverbände beim OVG in Münster für mehr Einfluss auf den Unterricht.

- Die beiden Islam-Dachorganisationen *Zentralrat der Muslime* (ZMD) und *Islamrat* wollen offenbar ihren Einfluss auf den Islam-Unterricht an Schulen in NRW ausweiten.
→ Laut einem Bericht der [„Welt“](#) klagen sie am Donnerstag erneut vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster gegen das Land Nordrhein-Westfalen.



Ein Schüler beim Islam-Unterricht in Hannover.
Foto: JOCHEN LUEBKE/AFP/Getty Images)

Den islamischen Religionsunterricht (IRU) gebe es schon seit 2012 in NRW, heißt es weiter. Die Kläger wirkten dort bereits über einen Beirat an der Unterrichtsgestaltung mit. Hierbei soll es sich aber nur um eine Übergangslösung gehandelt haben, die 2019 auslaufe.

Dem Welt-Bericht zufolge erwartet das OVG in dem komplexen Fall schon am Donnerstag ein Urteil. „Der Senat beabsichtigt, an dem Tag eine Entscheidung zu treffen“, sagt Gerichtssprecherin Gudrun Dahme. Sollten die Kläger gewinnen, könnten die Folgen des Urteils weitreichend sein.

❖ *„Wenn die Kläger gewinnen, dann käme am Ende ein anderer islamischer Religionsunterricht heraus als der, den wir jetzt haben.“* Dahme geht davon aus, dass der Religionsunterricht *„dann nach den Grundsätzen der Kläger“* erteilt werden müsste. *„Das bedeutet, dass das Land nicht so starke Einfluss- und Mitspracherechte hätte, wie es nach dem derzeitigen Beiratsmodell der Fall ist.“*

Welche Lehrkräfte werden dann welche Inhalte vermitteln?

Unabhängig davon, wie das Urteil ausfällt, soll die staatliche Ausbildung der Lehrer für den islamischen Religionsunterricht davon jedoch unberührt bleiben, sagt ein Sprecher des Düsseldorfer Schulministeriums. Spannender werde es dagegen bei den beiden zentralen Feldern religiöse Unterrichtsinhalte und Lehrerlaubnis – also welche Lehrkräfte den Schülern welche Inhalte vermitteln. Offen ist, in welche Richtung es ginge, sollten die Kläger als Religionsgemeinschaften aufgewertet und ihre schon jetzt erheblichen Mitwirkungsrechte ausgeweitet werden.

Dem Vorsitzenden des Islamrats, *Burhan Kısıcı*, ist vor allem die Rechtssicherheit nach 2019 wichtig. Es müsse festgelegt werden, wie man nach der Übergangsphase *„langfristig zusammenarbeitet und dass man dafür die entsprechenden Strukturen schafft“*, betont *Kısıcı*, der selbst Mitglied im Beirat ist. Die Nachfrage muslimischer

Eltern sei riesig. Aktuell erhalten 19.400 muslimische Jungen und Mädchen in NRW an 234 Schulen IRU.

Auch ZMD-Vorsitzender *Aiman Mazyek* hält Gespräche mit der Regierung für dringend nötig. Die vier Islamverbände ZMD, Islamrat, VIKZ und Ditib schicken je einen Vertreter in den achtköpfigen Beirat, weitere vier Mitglieder bestimme das Schulministerium, schreibt Welt weiter. Die *Türkisch-Islamische Union Ditib* lasse ihren Sitz auf Druck der Politik ruhen, nachdem Spitzelvorwürfe gegen Ditib-Imame bekannt geworden seien.

Die Frage bleibt vorerst offen, ob die Kläger auch verfassungstreu sind. Diesbezüglich gab es vom Land bereits Bedenken, vor allem im Hinblick auf Islamrat-Mitglied *Milli Görüs*.